

Aktionsbündnis: soziale Gerechtigkeit

Leipzig - Nordsachsen



Presseinformationen: Telefon 0341-463 99 79, Fax 0341-463 99 78, e-Mail: presse@aktionsbuendnis-leipzig.de

Information

Leipzig, den 16. August 2004

Montagsdemonstranten in Leipzig gegen Hartz IV und Zuzahlungen bei Arztbesuchen

Am frühen Abend demonstrierten nach vorsichtigen Schätzungen 20 000 Menschen durch die Leipziger Innenstadt und über Teile des Innenstadtringes. Einige der Veranstalter sprachen sogar von 25 000 Demonstranten. Der Verkehr auf dem Innenstadtring war zeitweise stark eingeschränkt. Auf dem Platz vor dem Bundesverwaltungsgericht forderten Redner nicht nur die vollständige Rücknahme von Hartz IV, sondern auch ein Ende der Zuzahlungen für Arztbesuche. Stattdessen sollten sich Einkommensmillionäre an der Finanzierung des Sozialstaates angemessen beteiligen. Aktivisten der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit Leipzig (ASG Leipzig) verteilten zehntausend Flugblätter „Weg mit Hartz IV und ALG II!“. In ihm wird die ersatzlose Streichung der Hartz-IV-Gesetzgebung, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf große Vermögen, eine Erhöhung der Erbschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes sowie eine Mindestbesteuerung der Unternehmensgewinne und eine Senkung der Wochenarbeitszeit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gefordert.

Die 1. Bevollmächtigte der IG Metall Leipzig, mahnte Arbeitslose und Arbeitnehmer sich nicht spalten zu lassen. Nur gemeinsam mit den Erwerbslosen und Arbeitnehmern in den westlichen Bundesländern könnten die Forderungen der Demonstranten durchgesetzt werden.

Mona Ragy Enayat, die sich bereits 1989 an den Demonstrationen in Leipzig beteiligte, forderte in einer von tosendem Beifall mehrfach unterbrochenen Rede die Rücknahme von Hartz IV und den Rücktritt von Gerhard Schröder. Eher seien wir nicht sicher vor Hartz 5, 6 oder 7. „Doch Demonstrationen allein genügen nicht. Um die Entwertung der Arbeit zu stoppen“ und „um eine andere Umverteilung zu verwirklichen“, helfe „nur der organisierte Widerstand in Gewerkschaften und Organisationen“, sagte Ragy Enayat. „Wenn jede Arbeit zumutbar ist, wird nicht nur das Tarifrecht ausgehebelt, weil die Gewerkschaften per Gesetz ihrer Verhandlungsmacht beraubt werden. Wenn jede Arbeit zumutbar ist, wenn Verträge durch Erpressung erzwungen werden können, wird auch das Grundrecht der Vertragsfreiheit zerstört. Eine Regierung, die die Grenzen der Zumutbarkeit aufhebt und damit sogar die regulären Arbeitsverhältnisse bedroht, ist selbst zur Zumutung geworden.“